

Arbeiter-Zeitung

Heute:
"Roter Stern"
Nur für Abonnenten

Preis: 10 Pf. + 50 Pf. monatlich
Anzeigensatz: 10 Pf. pro Zeile
Werbung: 20 Pf. pro Zeile
Abonnement: 10 Pf. pro Woche
Einzelhefte: 10 Pf. pro Heft

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der RPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptvertrieb: Breslau 10, Kreuzer Straße 50. Tel. 444.
Leipzig 400 30. Verlagsbüro:
Breslau 444. Redaktion: Breslau 10, Kreuzer Straße 50.
Telefon 430 02. Druckerei: Breslau 10, Kreuzer Straße 50.
Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Samstag von 10-12 Uhr.
Besitzer: Kurt B. Kasper. Verleger: Kurt B. Kasper.
Verlagsort: Breslau. Druck: Kurt B. Kasper, Breslau.
Verlag: Kurt B. Kasper, Breslau.

Tagung der Internationalen Bergarbeiter-Konferenz

Für einen Weltkongress aller Ausgebeuteten!

Internationales Kampfprogramm geschaffen / Mobilisierung der Massen zum Schutz der Sowjetunion

Die vom Internationalen Komitee der Bergarbeiter einberufene internationale Bergarbeiterkonferenz hat am 20. und 21. Dezember im Ruhrgebiet tagend. In zwei arbeitsreichen Tagen haben sich die Vertreter der Bergarbeiter aller Länder eingehend nicht nur mit den wichtigsten Bergarbeiterfragen, insbesondere mit der Unterstützung des Ruhrkampfes, beschäftigt, sondern auch bedeutende politische Beschlüsse gefasst.

Welche Bedeutung der Konferenz die Bergarbeiter in allen Ländern beigemessen haben, zeigt die außerordentlich starke Besetzung der Tagung. Es waren anwesend 6 Delegierte aus England, die die Bezirke Schottland, Südwales, Yorkshire und Lancashire vertraten. Die französischen Kameraden hatten 5 Delegierte entsandt aus den Bezirken der Loire, Elzäs, Gard und dem Nordgebiet. Die belgischen Kameraden waren durch 4 Delegierte vertreten. Aus der Tschechoslowakei waren 2 Vertreter erschienen. Polen und die kleinen Länder hatten ebenfalls Delegierte entsandt. Aus den verschiedensten Bergrevieren Deutschlands haben 14 Delegierte an der Konferenz teilgenommen. Die große Bedeutung liegt auch darin, daß mit wenigen Ausnahmen alle Delegierten selbst in Betriebsversammlungen oder großen Bergarbeiterversammlungen gewählt und auch von diesen finanziert wurden.

Zur ersten Frage, die auf der Konferenz behandelt wurde: „Der Kampf der Bergarbeiter an der Ruhr und seine Bedeutung für den internationalen Kampf der Bergarbeiter“

stellte Genosse Sobottka ein ausführliches Referat über die Lage der Bergarbeiter in den einzelnen Ländern. Ausgehend von der Krise der kapitalistischen Wirtschaft zeigte er die Auswirkungen der Krise besonders im Bergbau auf, und damit die große politische und internationale Bedeutung der Bergarbeiterkämpfe um Lohn und Brot. Eingehend wurden behandelt die Bedeutung des Young-Plans, und die Rolle, die die sozialistische Bergarbeiterinternationale bei der schrittweisen Unterdrückung der Bergarbeiterkämpfe spielt.

Nach eingehenden Darlegungen der Vertreter der einzelnen Länder wurde von der Konferenz ein ausführliches internationales Kampfprogramm der Bergarbeiter angenommen.

Weiter wurde beschlossen, einen Aufruf der Konferenz an die Bergarbeiter Deutschlands zu richten, in dem die Delegierten aller Länder den Bergarbeitern von Ruhr und Oberschlesien ihre Kampfsolidarität zum Ausdruck brachten und versicherten, den deutschen Bergarbeiterkampf mit allen Mitteln moralischer sowie finanzieller Art zu unterstützen, insbesondere durch Vorbereitung und Organisierung des Kampfes um die eigenen Forderungen im eigenen Lande.

Auf Vorschlag der französischen und der polnischen Delegation wurde ein zweiter Punkt auf die Tagesordnung gesetzt, und zwar „Die Kriegsgefahr und die Verteidigung der Sowjetunion.“

Die französische wie die polnische Delegation legten der Konferenz zu dieser Frage einen Aufruf an die Arbeiter und Arbeiterinnen der kapitalistischen Länder vor, der von der Konferenz einstimmig angenommen wurde.

Außerdem faßte bei diesem Punkt die Konferenz einen weiteren Beschluß, in dem es heißt:

„In den Lenin-Tagen, Januar 1931, in denen das Proletariat der ganzen Welt seinen Willen demonstrieren wird, die Ziele zu erkämpfen, die der große Kämpfer, Führer und Leiter der Weltrevolution, Wladimir Lenin, dem Proletariat gewiesen hat, in diesen Tagen des demonstrativen Bekenntnisses zum Leninismus, muß die Mobilisierung der Massen zum Schutze der Sowjetunion durchgeführt werden.“

Des weiteren wendet sich die Internationale Konferenz der Bergarbeiter mit diesem Beschluß an alle internationalen, revolutionären, proletarischen Bruderorganisationen, an alle Zentralen der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in den einzelnen Ländern, an den Bund der Freunde der Sowjetunion, mit dem Vorschlag, einen Weltkongress aller Arbeiter, Arbeiterinnen und Erwerbslosen, Frauen und Jugendlichen einzuberufen, der sich mit der Vorbereitung und Organisierung von praktischen Maßnahmen zum Schutze der proletarischen Republik, der UdSSR., beschäftigen soll.

Beim dritten Punkt beschäftigte sich die Konferenz mit der Verbesserung des Schutzes der Bergarbeiter im Produktionsprozess. Ein Beschluß wurde gefaßt, den Kampf um besseren Bergarbeiterschutz in allen Ländern zu verstärken, insbesondere durch Organisierung des Kampfes um Beseitigung des Akkord- und Gehaltensystems bei der Entlohnung der Bergarbeiter.

Um eine durch Polizeivergehen ungestörte Tagung zu gewährleisten, mußte die Konferenz den größten Teil ihrer Arbeit in nichtöffentlicher

Sitzung durchführen. Die öffentliche Sitzung wurde am Sonnabendabend im Volkshaus in Gelsenkirchen durch den Genossen Sobottka eröffnet, der in Anwesenheit von mehr als 700 Ruhrbergarbeitern auf die ersten Kämpfe der Bergarbeiter hinwies und auf die Bedeutung der internationalen Tagung der Bergproletarier. Insbesondere betonte Genosse Sobottka, daß die revolutionären Bergarbeiter jetzt nicht nur die Führung des Kampfes in den einzelnen Bezirken und Ländern übernommen hätten, sondern in der Internationalen Konferenz und im Internationalen Komitee der Bergarbeiter sei auch die internationale Führung der Bergarbeiterkämpfe gewährleistet. Des weiteren sprach auf dieser öffentlichen Tagung der Kamerad Alan, der Führer des Streiks der schottischen Bergarbeiter, der Kamerad Tibaut für die französischen Bergarbeiter, La Haut für die belgischen Bergarbeiter. Der Vertreter der polnischen Bergarbeiter schilderte den schrittweisen Terror, mit dem der frühere Sozialdemokrat Pilsudski die Arbeiter Polens inebelt

und unterdrückt und den heldenhaften Kampf, den die polnischen revolutionären Bergarbeiter führen.

Nachdem die Arbeiten der Internationalen Konferenz beendet waren und auch die Schlichterkonferenz der Ruhrbergarbeiter, die am Sonntag, dem 21. Dezember, tagend hatte, fand eine gemeinsame Schlußtagung der Internationalen Konferenz der Bergarbeiter und der Schlichterkonferenz statt. Auf dieser Tagung begrüßte Genosse Lieberkühner als Vertreter des Volkswortführers der RPD, die Internationale Konferenz und die Schlichterkonferenz der Ruhrgebiete. Er wies auf die große Bedeutung dieser beiden Tagungen und die Notwendigkeit der Führung der wirtschaftlichen Kämpfe unter dem Banner der RPD, hin.

Nachdem Genosse Sobottka die Beschlüsse der Internationalen Konferenz bekanntgegeben hatte, wurde nach einer kurzen Schlußansprache unter Abfragen der „Internationale“ die bedeutungsvolle Tagung geschlossen.

Kapitulation der Reichsregierung vor Fried

Die Faschisierung der Polizei ist in Ordnung

Leipzig, 23. Dezember. Gestern fanden hier vor dem Staatsgerichtshof die Verhandlungen zur Beilegung des Polizeikonfliktes zwischen dem Reich und Thüringen statt. Es waren Vergleichs-Verhandlungen, womit die Reichsregierung von vornherein dokumentiert hatte, daß es hier nicht mehr darum ging, einen Streit anzutragen, sondern es galt, der veränderten politischen Situation Rechnung zu tragen, das heißt in diesem Fall, die Faschisierung der Polizei — darum drehte sich der „Konflikt“ — als selbstverständlich anzuerkennen. Und so ist es auch gekommen. Es wurde folgender „Vergleich“ abgeschlossen:

Die Parteien sind sich darüber einig, daß die Fragen, ob und inwieweit die NSDAP, umsatzgerichtliche oder sonst strafbare Ziele verfolgt, im Rahmen des gegenwärtigen Verfahrens nicht ausgetragen werden kann und soll. Der Standpunkt, den jede Partei zu dieser Frage einnimmt, wird durch den Vergleich und die in ihm abgegebenen Erklärungen in keiner Weise berührt. Die Parteien gehen davon aus, daß diese grundsätzliche Frage erst in einem anderen vor dem Reichsgericht schwebenden Verfahren einer Klärung zugeführt werden wird.

Das Reichsgericht hebt die Sperre der Polizeizulassung auf, die bisher einbehaltenen Beträge werden nachbezahlt.

Dieser sogenannte „Vergleich“ stellt natürlich nichts anderes dar als eine glatte Kapitulation der Reichsregierung vor Fried. Sie stand von vornherein, ganz besonders aber nach dem Fällsieg der Nazis, fest

und bedeutet nichts weiter, als daß der schwarze Kanzler die Pause bis zum Zusammentritt des Reichstags recht eifrig ausnützt, um die Erweiterung der Regierung durch die Nazis bis dahin perfekt zu machen.

Gleichzeitig wird aber mit dieser Kapitulation Herr Seewering entlarvt. Er war es, der feinerzeit diesen „Konflikt“ mit Fried angefangen hatte, der von unserer Partei von Anfang an eine Betragskomödie bezeichnet worden ist. Der jetzt eingetretene Abschluß dieser Komödie hat unsere damalige Kennzeichnung 100prozentig unterstrichen.

Die SPD. wird trotzdem versuchen, den Betrug fortzusetzen. Zu Hilfe wird ihr dabei die Tatsache kommen, daß am gleichen Tage, an dem der „Vergleich“ zwischen Fried und Wirth vor dem Staatsgerichtshof getätigt wurde, das Reichsgericht eine Entscheidung gegen Fried dadurch getroffen hat, daß es das von Fried über eine SPD-Zeitung verhängte Verbot aufhob.

In Wirklichkeit wird natürlich hier nur in sehr eindeutiger Weise das famose Doppelspiel der rechten und der linken Flügelpartei des deutschen Faschismus entlarvt.

Eine Zeitlang war es möglich, dieses Doppelspiel vor der Arbeiterklasse zu verbergen. Aber diese Zeit ist jetzt vorbei, und unsere Aufgabe wird es sein, dafür zu sorgen, daß auch die SPD-Arbeiter restlos dieses Spiel erkennen. Dann wird es damit zu Ende sein, und es wird die Einheitsfront entstehen, die sowohl den rechten als auch den linken Flügel des Faschismus zerbrechen und damit auch dem gesamten Faschismus ein Ende bereiten wird.

Feierschichten bei der Reichsbahn

An eine Bezahlung denkt die Direktion nicht — Sie muß erkämpft werden

Breslau, 23. Dezember. In den Breslauer Eisenbahnbetrieben ist folgende Bekanntmachung zum Ausklang gelangt:

„Zur Vermeidung größerer Entlassungen beabsichtigt die Deutsche Reichsbahngesellschaft, vom 1. Januar bis 28. Februar 1931 in jeder Woche eine Feierschicht nach näherer Bestimmung der Verwaltung durchzuführen. Hierüber soll jedem beteiligten Arbeiter der unterzeichneten Dienststelle noch ein besonderes Schreiben zugestellt werden. Wer mit der Einlegung von solchen Feierschichten nicht einverstanden ist, hat dies bis zu dem in dem Schreiben angegebenen Zeitpunkt schriftlich der Reichsbahngesellschaft mitzuteilen. Von den Arbeitern, die innerhalb dieser Frist keine gegenteilige Erklärung abgeben, wird angenommen, daß sie mit der Einlegung von Feierschichten einverstanden sind.“

Der Sinn dieser Bekanntmachung ist ein eindeutiger: Streckung der Arbeit auf Kosten der Arbeiter. Die Direktion des reformistischen Eisenbahnerverbandes in Breslau hat die Kollegen vorerst aufgefordert, die Reberie nicht zu unterschreiben und weitere Anweisungen abzuwarten. Einen vollen Lohnausgleich für die infolge geringerer Beschäftigung der Eisenbahn notwendig gewordene Arbeitszeiterfüllung bzw. der Feierschichten kann man nur im Kampfe erzielen. Freiwillig wird ihn die Reichsbahndirektion nicht geben. Einen Kampf werden die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten infolge ihrer staatsbehaltenden Einstellung nicht organisieren. Die Eisenbahner sind ebenso wie die Kollegen anderer Berufe auf

sch selbst angewiesen. Sie müssen unter Führung der RPD. in allen Betrieben und Dienststellen unter Führung von selbstgewählten Ausschüssen den Kampf für die Forderung Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich aufnehmen.

Attentat auf Schlichtungs-Minister Stegerwald

Berlin, 23. 12. Der 36 Jahre alte Maler Christian Schäfer der in Röntgenental wohnt, erschien heute im Reichsarbeitsministerium und wollte den Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald sprechen. Nachdem er abgewiesen war, lehrte er gegen 14.30 Uhr zurück, und es gelang ihm, bis an das Vorgimmer des Ministers vorzudringen. Hier wurde er von Angehörigen zurückgehalten und nach einem heftigen Ringkampf überwältigt. Man rief das Ueberfallkommando, das den Einbruch veranlaßt und durchführte. Man fand bei ihm eine Schenkelpistole.

Christian Schäfer wird voranschreitlich schon am Dienstag dem Schnellrichter vorgeführt werden. Schäfer, der seit geraumer Zeit ohne Arbeit ist, soll die Absicht gehabt haben, dem Minister nach seiner Forderung auf Beschaffung einer Stellung auch ein Reformprogramm für die Arbeitslosenfrage vorzulegen.

Die Sowjetunion zeigt den Ausweg aus der Krise

Der sozialistische Aufbauplan für 1931

Fast reiflose Durchführung des Siebenstundentages und der Fünftage-Woche und gleichzeitig Lohnerhöhung um 6 bis 8 Prozent — Steigerung der Produktion um 45 Prozent, der kollektivierten Ansaatfläche um 50 Prozent, der Arbeiterzahl um 10 Prozent

In 3 Jahren 79% des Fünfjahrplans durchgeführt

Auf dem Vereinten Plenum der Zentralen Kontrollkommission und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion wurde der Volkswirtschaftsplan für das Jahr 1931 bestätigt.

Dieser neue gigantische Plan des sozialistischen Aufbaues, der den im Fünfjahrplan vorgesehenen Ziffern weit voraussetzt, wird vom siegreichen Proletariat der Sowjetunion ebenso erfüllt und überholt werden, wie bisher alle Pläne durch die begeisterte Masseninitiative überholt wurden. Das dritte Jahr des Fünfjahrplans steht im Zeichen der beginnenden Periode des Sozialismus.

Das Weltproletariat begrüßt diesen Plan des durch den bewaffneten Kampf siegreichen russischen Proletariats mit grenzenloser Begeisterung. Es hält diesen Plan den Hungerprogrammen der imperialistischen Diktaturen aller Länder gegenüber.

Es ruft allen Schaffenden und Kämpfenden zu: Seht her, einen solchen Plan des Aufbaues, der Steigerung der Lebenshaltung, des kulturellen Aufschwunges kann und wird euch nur das siegreiche Proletariat eures Landes geben! Darum schließt euch der Kommunistischen Internationalen an: Sie zeigt euch den Ausweg aus der kapitalistischen Wirtschaft!

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet: Die im Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei zum Bericht Rubinschewskys angenommene Entschliessung über den Volkswirtschaftsplan für 1931 behandelt die Ergebnisse der ersten zwei Jahre des Fünfjahrplans und zeichnet die Entwicklung der Wirtschaft im dritten Jahr vor.

1929/30 hat die Bruttoproduktion der Staatsindustrie eine Zunahme von 25 Prozent erfahren. Für 1931 ist eine Zunahme von 45 Prozent gegenüber 1930 vorgesehen.

Das bedeutet, daß die Ausführung des gesamten Fünfjahrplans für die industrielle Produktion bereits im dritten Jahr zu 79 Prozent erreicht wird, für die Schwerindustrie zu 98 Prozent.

Die Fonds der Waren des täglichen Bedarfs werden auf 14,8 Milliarden Rubel veranschlagt, gegenüber 11,5 Milliarden im Jahre 1930, der mit der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion den Kleinhandelsumsatz um 30 Prozent gegenüber dem Vorjahre steigern wird.

Für Grobbauteile der Industrie und für die Elektrifizierung sind 7470 Millionen ausgelegt.

Die Gesamtleistung aller im Betrieb befindlichen Kraftwerke soll auf 4,5 Millionen Kilowatt gebracht werden, die Stromerzeugung auf 12,7 Milliarden Kilowattstunden gegenüber 8,8 im Jahre 1930.

Die Zahl der Arbeiter soll sich um 10 Prozent, die Arbeitsproduktivität um 28 Prozent steigern, dagegen sollen die Herstellungskosten der Produktion um 10 Prozent sinken.

Die Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten wird für 1931 auf 16 Millionen veranschlagt gegen 14 Millionen dieses Jahres.

Der Arbeitslohn soll sich gegenüber 1930 für Industriearbeiter um 6 Prozent und für die Eisenbahner um 8 Prozent erhöhen.

Gemäß dem Jahresfonds des Arbeitslohnes auf 15,3 Milliarden Rubel festgelegt, gegen 12,5 Milliarden 1930. Der Fonds für die Sozialversicherung für Arbeiter und Angestellte soll 2138 Millionen Rubel betragen gegen 1600 Millionen für 1930. Die Höhe des Gesamtbetrages zur Verbesserung der Lebensbedingungen wird gegenüber 1930 auf 250 Millionen Rubel verdoppelt.

Ende 1931 soll für alle Eisenbahnarbeiter und

für mindestens 92 Prozent der Industriearbeiter der Siebenstundentag eingeführt sein.

Die fünfjährige Arbeitswoche wird für Arbeiter aller Industriezweige mit Ausnahme der Textilwirtschaft eingeführt. Die Kapitaleinlagen für Wohnungsbeschaffung aller Zweige der sozialisierten Volkswirtschaft soll die Höhe von 1100 Millionen Rubel gegen 82 Millionen Rubel dieses Jahres erreichen. Für das Bildungswesen, den Gesundheitsschutz und Sozialversorgung werden 6,5 Milliarden Rubel ausgeworfen werden.

Einschließlich der Landwirtschaft sieht die Entschliessung eine Ausdehnung der Kollektivierung im Jahre 1931 auf die Ukraine, den nördlichen Kaukasus, das Nieder- und Mittelvolgagebiet vor, die im Durchschnitt mindestens 80 Prozent der Bauernwirtschaften erfassen soll.

Bis zum 1. Dezember 1930 waren in allen Gebieten der Sowjetunion in allen Landwirtschaftszweigen mehr als sechs Millionen Bauernwirtschaften bzw. 24 Prozent kollektiviert, in den wichtigsten Getreidegebieten sogar 49 Prozent. Der Gesamtumfang

ämtlicher Saatkflächen soll auf 140 Millionen Hektar gebracht werden. Davon wird die

Aussaatfläche des sozialisierten Sektors 75 Millionen Hektar betragen gegenüber 48 Millionen Hektar 1930.

Der gesamte Güterverkehr auf den Eisenbahnen wird auf 890 Millionen Tonnen veranschlagt, während für das letzte Jahr des Fünfjahrplans 281 Millionen vorgesehen waren. Die Kapitalanlagen im Transportwesen werden auf 3185 Millionen Rubel festgelegt. Für das Zivilflugwesen sind 135 Millionen Rubel veranschlagt.

Das Volkseinkommen der Sowjetunion wird für 1931 auf 49 Milliarden Rubel veranschlagt, was eine Zunahme von 35 Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeutet.

Die Kapitaleinlagen des sozialistischen Sektors der Volkswirtschaft sind mit 17 Milliarden Rubel festgelegt gegen 10 Milliarden 1930. Die Einnahmen des Staatsetats werden mit 21,2 Milliarden, die Ausgaben mit 19,7 Milliarden in Voranschlag gebracht.

Ein einheitlicher Finanzplan, der Staatsetat, Kreditssystem und die Eigenmittel der Wirtschaftsorganisation umfaßt, sieht Einnahmen in Höhe von 31,1 Milliarden Rubel und Ausgaben von 29,8 Milliarden Rubel sowie die Schaffung staatlicher Reserven in Höhe von 1,55 Milliarden Rubel vor. In der Entschliessung wird festgestellt, daß das

Jahr 1931 entscheidend für die Verwirklichung der Lösung des Fünfjahrplanes in vier Jahren

sein werde. In der Sowjetunion habe sich der sozialistische Sektor eine absolut beherrschende Rolle in der Volkswirtschaft gesichert, und das Land sei in die Periode des Sozialismus eingetreten. Die Ausführung des Planes der Kollektivierung werde den sozialistischen Elementen das absolute Übergewicht über die kapitalistischen Elemente auf dem Lande geben, das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Massen der Bauernwirtschaft festigen und den Aufbau des Fundamentes der sozialistischen Wirtschaft der Sowjetunion vollenden.

Meuterei in Pilsudskis Reichswehr

(Eigene Meldung)

Warschau, 21. Dezember. Erst jetzt erfahren wir Näheres über eine neue Meuterei in einem Regiment der polnischen Armee. Die Ereignisse, die durch die ganze polnische Presse, nicht nur die Pilsudski treue, sondern auch durch die sogenannte oppositionelle vollständig verschwiegen wurden, hatten folgenden Verlauf:

Anfang Dezember dieses Jahres weigerten sich die Soldaten des 19. Infanterieregiments in Pruzan (West-Weichland), die ihnen zugerichtete Suppe zu essen. Da sie von Würmern wimmelte. Sie haben die Suppe demonstrativ ausgegossen und die Forderung einer allgemeinen Verbesserung ihrer Verpflegung aufgestellt.

Der diensthabende Offizier versuchte die auf dem Kasernenhof versammelten Soldaten zu befehligen, indem er mit dem Hinweis auf die „schwere wirtschaftliche Lage des jungen pol-

nischen Staates“ an die patriotische Gesinnung der Soldaten appellierte.

Die Soldaten aber ließen sich nicht überreden. Einer von ihnen ergriff das Wort, verhöhnte die Ausführungen des „patriotischen“ Offiziers und forderte seine Kollegen zum weiteren Protest auf.

Die Soldaten erfüllten nun das Kasernenmagazin und verteilten unter sich die dort aufbewahrten Lebensmittel. Nachher, als die zur Hilfe angerufene Militärgebäudearmee etwa 50 Soldaten verhaftet hatte, erklärten die übrigen Soldaten die Arreststube und besetzten die Kameraden.

Angeichts der entschlossenen Stellung der Soldaten hat sich das Regimenteskommando genötigt gesehen, alle Soldaten angekrast

zu lassen. Nur der Soldat, der die anderen zur Erstürmung des Kasernenmagazins aufgefordert hat, verbleibt in der Haft.



(Copyright by Internationales Arbeiter-Verlag, Berlin.)

71. Fortsetzung

Fluchend stiegen die Leute ab. Ein Melber kam angelaufen, soll Dred und verschwindet. Er brüllte schon von weitem: „Aufpassen, Kavallerie kommt!“

„Los, draufgehalten!“ rief der Kuli. Aus Häusern, Geden und Straßengräben begannen die Gewehre zu knattern. Franz Kreuzat hatte mit einigen Rotarmisten ein Maschinengewehr hinausgeschleppt. Sie brachten es rechts von der Straße in Stellung.

Die Abteilung, die vorsichtig angeritten kam, machte schleunigst kehrt und hob davon. Da und dort tauchte aus den Büschen ein Schwarm Koskiten auf, kam ins Feuer und rannte wieder zurück.

Die bereitstehenden Wagen wurden mit Frauen und Verwundeten beladen und rasteten davon. „Wenn die Verwundeten fort sind, zieht ihr euch gruppenweise zurück!“ ließ der Kuli durchschlagen. „Die Rettung befürchtet eine Umklammerung.“

Im Rücken der rechts von der Straße liegenden Maschinengewehrbedienungen kamen Koskiten an. Sechs — acht Mann. Franz Kreuzat hatte sie noch früh genug gesehen. Er warf das M.-G. nach der Richtung herum und hielt auf die Soldaten zu. Die Soldaten warfen sich hin und krochen zurück. Einer blieb hartnäckig liegen. Franz knallte noch ein paar Schuß hin.

„Los, weg von hier, wie werden umgangen!“ rief ein anderer Arbeiter von der Straße her.

Die Bedienung wartete noch eine Weile. Die Koskiten zeigten sich nicht mehr. „Los, packt an und Abmarsch!“ rief Franz Kreuzat.

Es war kein leichtes Gehen. Die Ackerhöhlen waren gestoren. Die Bedienung stolperte sich müde. „Schiiii — füüüü...“ heulte plötzlich eine Granate über ihren Köpfen. „Bumm!“ — kreperte sie hundert Meter vor ihnen im Ackerland. Sie warfen sich hin. Dred prasselte herum.

„Diee Broden!“ rief einer und hastete nach der Straße hin. Aber auch dort kam heute eine zweite Granate und kreperte knapp zehn Meter von der Straße mit betäubendem Krachen.

Die Hunde wollen uns den Weg abschneiden!“ riefen die Rotarmisten. Im eiligen Lauf ging es vorwärts, sie leuchteten unter dem schweren Gerät und rannten sich in Schweiß.

Überall stolperten bedackte Gruppen zurück. Hier und dort takteten Maschinengewehre. Auf der Straße brannte ein Auto. Es hatte eine Panze, und die Befahrung hatte es in Brand gesteckt. Andere Wagen rajten vorbei, vollgepackt mit Sanitätärinnen und Verwundeten. Auf der Straße schlepten sich hinkende Rotarmisten. Händewinken. Fluchen. Gelang! Trotz der furchtbaren Lage sogar Scherz, derber Bergmannswitz.

„Jetzt stürmen wir nochmal Essen!“ „Wenn de Koskes hinter uns her sin!“ „Dat is nur een strategischer Rückzug!“ spöttelte ein Rotarmist, einen Arm in einem blutigen Lappen. „Wir ham es vom Hindenburg!“

Schiiii — füüüü... kamen wieder ein paar Eisenbroden an. — Bruch — bruch! schlugen sie in die Ackerfelder ein. Die Rotarmisten bekamen eine Dredladung.

„Aufpassen, Koskes kommen!“ — „Los, schließt!“ So ging es jeden Augenblick. So vollzog sich der Rückmarsch bis zum Kanal.

21.

In Essen hatte am 25. März eine Konferenz der Vollzugsräte für Rheinland-Westfalen stattgefunden. Aus vielen Betrieben und hunderten von Orten waren die revolutionären Käte herbeigeeilt, um an der Beratung teilzunehmen. Hauptgegenstand der Beratung war das Bielefelder Abkommen, das die Preisgabe des revolutionären Kampfes bedeutete.

Da das Ruhrgebiet jedoch vergeblich auf das Miteingreifen

gefaßt, einen Zentralrat zu wählen und diesen zu beauftragen, in neue Verhandlungen mit der Regierung zu treten.

Der Zentralrat wandte sich auch — notgedrungen durch die sich verzweifelt wehrende Front der Arbeiter, die durch die Verwirrung mit der Waffenstillstandsparole ins Stoden geraten und an verschiedenen Abschnitten zurückgedrängt worden war — sofort an die Regierung mit dem Anliegen, neue Verhandlungen zu ermöglichen.

Die Antwort der Regierung war ultimativ: 1. Uneingeschränkte Anerkennung der verfassungsmäßigen Staatsautorität 2. Wiedereinsetzung der staatlichen Verwaltungs- und Sicherheitsorgane, soweit sie nicht durch konkretes Eintreten für die Rapp-Lüttich-Regierung belästigt sind. 3. Sofortige Auflösung der Roten Armee. 4. Völlige Entwaffnung der Bevölkerung, einschließlich der Einwohnerwehren, unter Aufsicht der rechtmäßigen staatlichen Organe. 5. Sofortige Freigabe der Gefangenen. — Falls die Bedingungen erfüllt werden, wird von einem Angriff abgesehen, andernfalls erhält der Inhaber der vollziehenden Gewalt Freiheit des Handelns zur Wiederherstellung gesetzmäßiger Zustände.

Gezeichnet: Die Reichsregierung.

Reichskanzler Müller, Reichswehrminister Dr. Gessler.

Der Zentralrat protestierte und berief sich auf das Bielefelder Abkommen. Auf diesen Einspruch antwortete der Chef der Reichswehrtruppen im Rhein-Ruhr-Gebiet, General Watter, mit einem noch schmähtlicheren Ultimatum.

General Watter, der sich vor dem Zustand der Ruhrarbeiter beinahe offen für Rapp-Lüttich eingelassen hatte, war nun zum Bollzieher der verfassungsmäßigen Staatsgewalt bestimmt worden. Er forderte: Bis zum 30. März müssen abgegeben werden: 4 schwere, 10 leichte Geschütze, 200 Maschinengewehre, 18 Minenwerfer, 20 000 Infanteriegewehre, 400 Schuß Artilleriemunition, 600 Schuß Minenwerfermunition und 100 000 Schuß Infanteriemunition. Stehen am 30. März noch Teile der Roten Armee unter Waffen, so gelten die Bedingungen als nicht erfüllt. —

Die werktätige Bevölkerung hörte mit Empörung die Forderungen des arbeiterfeindlichen Generals und sah die Feltungen und Plakate, in denen man es zu veröffentlichen gewagt hatte, in Fegen

Rund um den Erdball

Der Monat des proletarischen Buches

Keine Weihnachtsfeier in der Sowjetunion

Die Rolle der religiösen Feiertage in den kapitalistischen Ländern

Wir entnehmen diesen interessanten Beitrag dem illustrierten Arbeiterkalender des Verlages Carl Schum. Diesen einzigen Arbeiterkalender empfehlen wir jedem Klassenbewußten Arbeiter. Wer sich dieses Werk noch nicht angeschafft hat, sollte dies sofort nachholen, denn die Auflage ist fast vergriffen. Das Werk ist durch jeden Kolporteur und Altbüchler zu beziehen. — Umfang 288 Seiten, 164 Bilder. Preis 1,25 Mark.

Der reaktionäre Inhalt der Kirchenfeiertage

Die religiösen Feiertage spielen im System der religiösen Verbannung der Massen in den bürgerlichen Ländern eine besondere Rolle. Entstanden aus den Ueberbleibseln heidnischer Feste und Feiern aus Anlaß von periodischen Naturereignissen, sind sie von der christlichen Kirche geschichtl. übernommen und ihren Zielen angepaßt worden. Die herrschenden Klassen haben es verstanden, den Glauben des Volkes zum Festhalten immer wieder in den Dienst der Verbannung und Ausbeutung zu stellen. Durch Jahrhunderte hindurch haben alle Staaten bis zu den Bürgerlichen diese Traditionen geschützt. Sie haben damit bewiesen, daß sie sich grundsätzlich in nichts von der Knochenarbeit und den Jauchgebräuchen primitiver Völker unterscheiden. Ganz besonderer Wert wurde bei den kirchlichen Feiern auf die Verbannung der Jugend gelegt, der man die Feste durch besondere Gebräuche (Lichtbaum, Geschenke, Osterspiele usw.) schmachtlich zu machen mußte.

Die neue Epoche der menschlichen Geschichte

Die proletarische Revolution der Sowjetunion hat zum erstenmal mit diesen Traditionen radikal gebrochen. Sie hat damit bewiesen, daß der Sozialismus gewillt ist, eine neue Epoche der menschlichen Geschichte zu beginnen, in der an Stelle religiöser Wahnvorstellungen der Mensch in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens gestellt wird.

Die religiösen Feiertage im alten Rußland unterschieden sich in vieler Hinsicht von den Feiertagen in den westlichen Ländern. Der schnelle Verfall der Kirche in der Sowjetunion hat bewiesen, daß die Behauptung von der tiefen Religiosität des russischen Volkes eine bürgerliche Legende war. Im alten Rußland waren die religiösen Feiertage vorwiegend große Saufstage, bei denen der das Schnapsmonopol besitzende Staat gute Geschäfte machte. Die Sowjetunion ist bestrebt, mit diesen kulturwidrigen Sausubstruktionen im Interesse des Aufbaus der sozialistischen Wirtschaft und der Schaffung einer sozialistischen Kultur ein für allemal Schluß zu machen.

Durch die Trennung von Staat und Kirche hat es die Arbeiterregierung abgelehnt, den Schutz der religiösen Einrichtungen zu übernehmen. Die religiösen Feiertage werden nicht mehr staatlich anerkannt und berücksichtigt. Sie sind Arbeitstage wie alle anderen. Im neuen Kalender, der im

Zusammenhang mit dem ununterbrochenen Arbeitsjahr eingeführt worden ist, sind die alten Feiertage Ostern, Pfingsten, Weihnachten usw. nicht mehr enthalten.

Unsere Feiertage

Die staatlich anerkannten Feiertage, die sich zu großen Volksfesten entwickelt haben, sind ohne Rücksicht auf die alten heidnischen und christlichen Traditionen festgelegt. Sie sind Ge-

denktage für wichtige Ereignisse aus der Geschichte des revolutionären Kampfes um die Befreiung der Menschheit vom Kapitalismus.

Im ganzen sind nur fünf Feiertage offiziell anerkannt: der 1. und 2. Mai, als Fest der Arbeit; der 7. und 8. November als Fest des Sieges der proletarischen Revolution; der 2. Januar als Gedenktag an den Tod Lenins, des großen Führers der proletarischen Revolution. An diesen Tagen ruht jede Arbeit und ist das ganze Leben des werktätigen Volkes auf Feiern eingestellt, die in ihren Formen den hohen Zielen einer neuen sozialistischen Kultur entsprechen.

Bei den rückständigen Teilen der Bevölkerung sind die Traditionen der alten christlichen Feste aber noch lebendig. Um sie gänzlich zu beseitigen, werden in diesen Tagen besondere Gegenkundgebungen (Rote Ostern, Rote Weihnachten usw.) veranstaltet, in denen vor allem die kommunistische Jugend durch antireligiöse Aufklärung in Form von Aufführungen, Umzügen und sonstigen Veranstaltungen aktiv beteiligt ist.

Lavastrom fordert 150 Todesopfer

Der Vulkan Merapi auf Java, der seit zwei Wochen in Tätigkeit ist, hat nach den letzten amtlichen Meldungen bisher 150 Todesopfer gefordert. Der glühende Lavastrom ergießt sich in einer Breite von 250 Metern in die benachbarten Täler und hat bereits 10 Kilometer zurückgelegt. Der Merapi gilt als einer der aktivsten Vulkane Javas.



Geschickter lügen, ihr Herren Antibolschewisten!

Boshaft, frech und gottesfürchtig...

Wenn Unwissende und Kretins zur Statistik greifen

Zu den Vorbereitungen eines Interventionskrieges gegen die Sowjetunion gehört vor allen Dingen die Propaganda, der „Nachweis“, daß das Leben in der Sowjetunion „unerträglich“ ist.

Dieser Aufgabe unterzieht sich tagaus, tagüber die gesamte kapitalistische und sozialdemokratische Weltpresse mit unvermindertem Feuerifer und, wie Maxim Gorki in seinem „Murus an die Humanisten“ glänzend formulierte, „mit einem Haß, der sie zwingt, sich in Unwissende und Jäger in Kretins zu verwandeln“. In ihrer blinden Verleumdungswut, Sowjetrußland als eine „Arbeiterhölle“ zu schildern, bemerken sie gar nicht, daß ihre Lügen so plump und durchsichtig werden, daß sie höchstens noch ein mitleidiges Lächeln bei denkenden Arbeitern auslösen können. Geradezu erbarmungswürdig aber wird die Heche dieser hasserfüllten Unwissenden und Kretins, wenn sie sich in „geistige Unkosten“ stürzen, um der Welt statistisch zu beweisen, daß in Rußland nichts, aber auch gar nichts los ist.

Um dem deutigen Arbeiter, der bereit ist, für die viel geläuterte Sowjetunion mit seinem Leben einzutreten, einige Minuten ungetrübter Heiterkeit zu verschaffen, wollen wir jetzt einmal die „Kölnische Illustrierte Zeitung“ „hegen“ lassen.

Kich... kich... so schlimm ist's in Rußland!

Nach den Angaben der „Kölnischen Illustrierten Zeitung“ verdient in Moskau ein ungelernter Arbeiter 108 Mark, ein gelernter Arbeiter dagegen 430 Mark im Monat. Er zahlt für ein möbliertes Zimmer 215 M., für eine Dreizimmerwohnung 650 M. im Monat. Für einen Anzug zahlt er 216 und 1700 M.,

für ein Paar Schuhe 25 und 320 M., für ein Stück Seife 2 M. und 17 M. (die niedrigen Preise werden in den Genossenschaften verlangt), für ein Pfund Brot 1,08 M., für ein Pfund Mehl 6,50 M., für ein Pfund Butter 21,60 M., für ein Pfund Zucker 5,30 M., für einen Liter Milch 2,70 M. und für ein Pfund Tee 65 M.

Nun wollen wir einmal nachrechnen

Für eine Dreizimmerwohnung zahlt der Arbeiter monatlich 650 Mark. Er verdient aber, wenn er gelernter Arbeiter ist, nur 430 Mark. Also die Miete ist 220 Mark höher als sein Verdienst. Bei einem ungelerten Arbeiter ist es noch katastrophaler. Er verdient 108 Mark weniger, als wie er zur Miete braucht. Ganz ausgeschlossen ist es, daß er sich also etwa noch einen Anzug zum Preise von 216 Mark oder von 1700 Mark und ein Paar Schuhe zum Preise von 320 Mark kaufen kann. Seife, für die er 17 Mark zahlen muß, ist ein unerhörtes Luxusartefakel.

Wie lebt also der russische Arbeiter? Er lebt überhaupt nicht! Er hat keine Wohnung, denn er kann sie nicht bezahlen, er läuft vollkommen nackt herum, ohne Kleidung und ohne Schuhe, denn sein Arbeitslohn reicht weder für das eine noch für das andere, und da Druck befallentlich warm hält, verzichtet er freiwillig auf die Seife zum Preise von 17 Mark.

Ob den Redakteuren der „Kölnischen Illustrierten Zeitung“ bei der Fabrikation dieser „Statistik“ nicht Bedenken gekommen sind, daß selbst die dämlichsten Leser ihres Blättchens diesen Schwindel erkennen? Nein, allem Anschein nach nicht, denn ihr Haß gegen das erste Vaterland der Arbeiter hat sie in Unwissende und Kretins verwandelt.

Goldmacher Kurzhildgen verurteilt

Für 15 Betrugsfälle 18 Monate Gefängnis



Spitzel und „Goldmacher“

Düsseldorf, 20. Dezember. „Goldmacher“ Heinz Kurzhildgen, dessen dunkler Lebenslauf vom Separatisten, Betriebsspitzel und Nationalisten bis zum „Goldmacher“ wir gestern eingehend gewürdigt haben, wurde vom Düsseldorfer Erweiterten Schöffengericht des Betrugs und Betrugsverluches in mindestens 15 Fällen überführt und zu 18 Monaten Gefängnis, unter Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt.

Der Angeklagte, so führt das Gericht in seiner Urteilsbegründung aus, habe einen Irrtum dadurch erregt, daß er vorgab, er könne Silber, Platin und Gold herstellen, sowie Benzin aus Kall gewinnen. Daß aber Kurzhildgen nur dank der idiotischen Leichtgläubigkeit und Profitgier nationaler Geldgeber jahrelang ungehindert sein Unwesen treiben konnte, erwähnte das Gericht aus Klassen-solidarischen Gründen mit keinem Wort. Wir sind gespannt, welche neuen Streiche der gerissene Goldmacher während der 18monatigen Gefängnisstrafe nun ausbrüten wird.

Zuckerfabrik in Flammen

Am Sonnabendmorgen brach in der Zuckerfabrik Bockenheim im Bezirk Hildesheim Feuer aus, das sich mit rasender Schnelligkeit ausbreitete. Die auf dem Zuckerboden beschäftigten Arbeiter konnten mit knapper Not ihr Leben retten. Ein Lager von 20.000 Zentner Zucker sowie die Direktionsgebäude und die Wohnhäuser sind vom Feuer bedroht.

Schiffszusammenstoß im Kattegat

Über 45 Personen vermißt

Rosenhagen, 20. Dezember. Eine furchtbare Schiffskatastrophe hat sich in der Nacht zum Sonnabend im dichten Nebel im Kattegat ereignet. Der 4000 Tonnen große finnische Dampfer „Oberon“ ist mit dem finnischen Frachtdampfer „Arcturus“ zusammengestoßen. Der Passagierdampfer sank im Verlaufe weniger Minuten. Von der aus 79 Personen bestehenden Mannschaft und von den Passagieren des „Oberon“ werden 45 vermißt. Man befürchtet, daß der größte Teil von ihnen ertrunken ist.

Der Zusammenstoß fand bei dichtem Nebel statt. „Oberon“ belam ein großes Led. an Steuerbord und sank innerhalb weniger Minuten. Die Besatzung des Frachtdampfers begann trotz eigenem großen Led. sofort mit den Rettungsarbeiten. Der beschädigte Frachtdampfer blieb die ganze Nacht hindurch an der Unglücksstelle liegen.

Französisches Marineflugzeug ins Meer gestürzt

Ein französisches Marineflugzeug stürzte bei Nacht im dichten Nebel ins Meer. Ein Mann der Besatzung wurde gerettet.

konnte sich noch im letzten Augenblick mit schweren Verletzungen retten. Der Führer ertrank.

Regen verursacht Hauseinsturz

Die wolkenbruchartigen Regenfälle in Algier hatten am Freitag den Einsturz eines Hauses zur Folge. Zwei Bewohner wurden tot unter den Trümmern hervorgezogen.

Rote Schallplatten

„Komsomolzenlied“

Landwirtschaft und Industrie Produzieren wie noch nie in der Sowjetunion. Bauer, der solange schlief, Schafft jetzt mit dem Kollektiv für die Sowjetunion.

Diese und noch einige andere werden vom Verbandsbau „Arbeiterkultur“, Berlin N 54, Linienstraße 11/12, herausgegeben, großartig klingenden Schallplatten haben Anrecht darauf, in jeder proletarischen Antweihnachtsfeier gespielt zu werden. Schallplatten wie das „Komsomolzenlied“, „Der neue Stern“, „Gottlosentlied“, „Der Rote Wedding“ u. a. nehmen es in musikalischer Beziehung mit jeder sogenannten „neutralen“ Platte auf und sind dabei wert-

Signal zur Offensive

gegen die Lohnräuber und ihre Gewerkschaftsadjutanten

Schlichtungsschacher begonnen — Die Polen zu den Verhandlungen nicht zugelassen — Regierung will einige Hundert Faschisten nach Oberschlesien vermitteln

Osternburg, 22. Dezember. Heute haben die Schlichtungsverhandlungen für den oberschlesischen Bergbau begonnen. Nach fünfviertelstündiger Beratung wurde eine engere Kommission, bestehend aus vier Arbeitgeber- und vier Arbeitnehmervertretern, gewählt, die unter dem Vorsitz des Schlichters weiterläuft. Die Reformisten sind mit drei, die Christen mit einem Vongen in dieser engeren Kommission vertreten. Der Vertreter der Kirche darf als Zuhörer teilnehmen. Die Polnische Berufsvereinigung und der Polnische Zentralverband sind von der Teilnahme ausgeschlossen. Die beiden polnischen Vertreter sollen darauf erklärt haben, daß sie aus der Arbeitsgemeinschaft austreten. Wenn dieses zur Wirklichkeit werden sollte, so gilt die Arbeitsgemeinschaft als aufgelöst. Reformisten und Christen werden trotzdem versuchen, mit den Unternehmern den Lohnraub abzuklären. Dieses alles liegt in der Linie der weiteren Faschisierung der christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften und eines weiteren Zusammenwachsens der Gewerkschaften mit dem Staatsapparat. Der polnische Zentralverband hat sich zum Teil für die Aufnahme des Kampfes unter den KSD-Lösungen ausgesprochen, und deshalb seine Nichtzulassung an den Verhandlungen. Der gemeine Kuhhandel zwischen Reformisten, Christen, Unternehmern und Hungerglücklicher soll schnellstens abgeschlossen werden. Heute wird über den Manteltarif und das Reparaturarbeitsabkommen verhandelt. Die „Einigung“ über den Lohn-tarif soll erst nach der Fällung des Lohnraubschiedspruchs im Ruhrbergbau erfolgen.

Zu Beginn der Verhandlungen wandte sich der Arbeitgebervertreter Assessor Pyllosch gegen die „scharfe“ Schreibweise der zentralistischen und sozialdemokratischen Presse. Die Reformisten und Christen redeten diesen Kaffel ohne Widerrede ein, weil ihr rabiales Gebärden in der Presse den Zweck verfolgt, die Arbeiterschaft bei ihnen an der Stange zu halten.

Diese engere Kommission wird nach erfolgter Beratung in eine Schlichtungskammer umgewandelt, die in wenigen Minuten darauf einen Schiedspruch über den Manteltarif und die Arbeitszeit fällen dürfte.

Die Bergarbeiterschaft wird ihre Kampfvorbereitungen ungeachtet des zu ergehenden Schiedspruches mit unverminderter Schärfe fortsetzen.

Osternburg, 22. Dezember. Um dieselbe Zeit, als die Schlichtungsverhandlungen vor sich gingen, fand auf Veranlassung der Oberpräsidenten von Schlesien und Oberschlesien eine Sitzung mit den Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen statt. Die Polnische Berufsvereinigung und der Polnische Zentralverband waren zu dieser Besprechung nicht geladen. Sie sind trotzdem erschienen und wurden aus der Sitzung gewiesen. Ein Vertreter der Regierung referierte über die eventuelle Verschlebung von einigen 100 Bauern aus dem Neuroder Revier nach Oberschlesien, und zwar nach dem Beuthener Revier und der Sodniza-Grube.

Trotzdem Tausende oberschlesische Bergleute ohne Arbeit sind, will man mit Hilfe der Regierung Bergleute von auswärts nach Oberschlesien vermitteln. Warum eine solche Maßnahme? Es ist eine bekannte Tatsache, daß auf den oberschlesischen Grubenanlagen die Faschisten keinen Einfluß haben. Beherrscht werden die Betriebe von der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Deshalb sollen einige Hundert Faschisten von auswärts in die oberschlesischen Schachtanlagen eindringen, um bei Wirtschaftskämpfen usw. gegen die Arbeiterhaft, nicht zuletzt bewaffnet, eingesetzt zu werden.

Wir sehen hier also, daß der Schritt der Regierung ein wohlbedachter Plan ist. In dem bevorstehenden großen Lohnkampf sollen diese Faschisten bereits ihr schändliches Handwerk treiben können. Die Belegschaften müssen dafür sorgen, daß diese Banditen nicht in ihre Betriebe gelangen. Diese Streikbrecher müssen mit proletarischen Mitteln ferngehalten werden. Die oberschlesischen Bergkumpels werden auch diese Aufgabe zu lösen wissen.

Braunschweig unter der Knute des Faschismus

Braunschweig, 23. Dezember. Die Gemeindekammer hat ihre Zustimmung dazu erteilt, daß der Minister des Innern auf Kosten der Stadt Braunschweig einen Beauftragten zur Wahrnehmung der Obliegenheiten der Stadtverordnetenversammlung bestellt. Auch die meisten anderen größeren Städte des Freistaats, wie Wolfenbüttel, Helmstedt, Holzminden, Schöningen und

Königsutter haben in den letzten Tagen Staatskommissare erhalten.

An der Spitze von Braunschweig steht eine Naziregierung; darunter der „berühmte“, selbst vom bürgerlichen Gericht als Schwindler entlarvte Patentkrenzler Franzen. Die bürgerliche „demokratische“ Presse hatte nach dieser Entlarbung zum Ausdruck gebracht, daß Franzen nun wohl verschwinden wird. Dieser Schwindler antwortet mit der Verhängung der Zwangsverwaltung über Braunschweig, nachdem er schon ein Duzend andere Städte unter die Knute der Diktatur gebracht hat. Werden die SPD-Arbeiter noch immer ihren Führern glauben, daß diese die Regierung Bränning stützen, nur um den offenen Faschismus zu verhindern?

Der „Klassenkampf“ Halle verboten!

Halle, 23. Dezember. Der Oberpräsident hat unser hiesiges Parteiblatt bis 4. Januar 1931 verboten, weil der „Klassenkampf“ in einem Artikel zum Sturz der Bränning-Diktatur aufgearbeitet hat.

So verschärft sich mit jedem Tage die politische Situation. Die Herrschenden hoffen durch Verschärfung des Kampfes den Willen des Kampfes zur Beseitigung des Kapitalismus zu brechen. Sie werden aber nur das Gegenteil damit erreichen.

Korfanth aus dem Gefängnis entlassen

Korfanth, der vor drei Monaten mit anderen Abgeordneten der Opposition im schlesischen Sejm verhaftet und nach der Festung Brest-Litowsk geschafft worden war, ist am Sonnabend, um 16 Uhr, aus dem Malotower Gefängnis entlassen worden. Er kehrte bereits in den frühen Morgenstunden des Sonntags nach Kattowik zurück. Die Haftentlassung erfolgte auf Grund einer Eingabe des Vorsitzenden des schlesischen Sejms.

(Schluß des redaktionellen Teiles)

Der deutsche Zirkus Gleich, der bekanntlich am ersten Weihnachtstage im Zirkus-Busch-Gebäude sein Gastspiel eröffnet, hat soeben eine weit ausgebreitete Auslandstournee beendet, die ihn durch sieben Länder geführt hat: durch Luxemburg, Belgien, Holland, Frankreich, Spanien, Italien und die Tschechoslowakei. Der wertvolle Tierbestand von über 200 Pferden aller Rassen, von 40 Löwen, von 12 Eisbären — die Elefantenherde, die 20 Büffel, die prachtvollen Tiger, Leoparden, Geparden und braunen Wären, die Dromedare, Zebras, die Seelöwen, Nilpferde und Schimpansen usw. mehr machen den Zirkus Gleich zu einem Volksbildungsinstitut von hoher Bedeutung.

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Von Sonntag, den 21. 12. bis Dienstag, den 23. 12. 20.15 Uhr
Emil und die Detektive
Mittwoch, den 24. 12. Geschlossen!
Donnerstag, den 25. 12., Freitag, den 26. 12., und Sonntag, den 28. 12., 15.30 Uhr
Emil und die Detektive
Von Donnerstag, 25. 12., bis Dienstag, den 30. 12. 20.15 Uhr
Zum ersten Male! Etienne

Thalia-Theater
Von Sonntag, den 21. 12. bis Dienstag, den 23. 12. 20.15 Uhr
Das Konto X
Mittwoch, den 24. 12. Geschlossen!
Donnerst., 25., Freitag, 26. Sonntag, 28. 12., 15.30 Uhr
Das tapfere Schneiderlein
Von Donnerstag, 25. 12., bis Dienstag, 30. 12., 20.15 Uhr
Zum ersten Male!
Roxy
Lustspiel in 3 Akten

Räumungsverkauf!

Stadttheater Schwednitz
Dienstag, 22. Dezbr. 1/4 Uhr
Die Klein-Evi Ins Zwergenreich kam
Weihnachtsmärchen 1. Feiertag, nachm. 1/4 Uhr
Viktoria und ihr Husar
abends 8 Uhr
Das Land des Cähe's
2. Feiertag, nachm. 1/4 Uhr
Der fidele Bauer
abends 1/8 Uhr
Viktoria und ihr Husar
Sonntag, 28. 12. nachm. 1/4 Uhr
Viktoria und ihr Husar
abends 8 Uhr
Frl. Puck Operette von Rollo

Praktische Weihnachtsgeschenke

Haus- u. Küchengeräte, Stahlwaren, speziell Weißblech, Emaille-Geschirr und Geschmeideartikel bis **60% Rabatt!**
Plättchen von 2,- an
Kaffeemühlen mit Holzkasten von 2,95 „
Deuerbrandöfen von 16,75 „
Kohlenkäten von 1,25 „
Martin Zimmer, Breslau 2
Neue Taschenstraße 32
Feinsprech-Sammelnnummer 28441

Praktische Weihnachtsgeschenke

in Fahrrädern, Sprechapparaten, Radio, Schallplatten (Marken) und Zubehör bei **Richard**
Neumarkt 41 (neben Dehmel)

Robfleischererei

Oels, Kaiserstraße 12 empfiehlt alle Sorten frische **Fleisch- u. Wurstwaren**
August Knappe

LIEBICH

Täglich 2 Vorstellungen 4.15 u. 8.15 Uhr
Ganz Breslau ist begeistert von unserem **Weihnachts-Programm!**
Nachmittags halbe Preise und Vorprogramm
Tel. 348 45

Möbeln u. Stühlen aller Art

Vor Einkauf von vom einfachsten bis zum gediegensten Genre besichtigen Sie bitte völlig unverändert unser reichhaltig. Fabrikager Sie werden dort bestens und billigst bedient. Teilz. gestattet.
Biener & Dührig, Breslau
Stühle u. Möbeln detail, en gros
Geschäft: Mathiasstr. 107
Fabriklager: Weinbergweg 18/20

Eisenwaren, Haus- u. Küchengeräte

Schlitten / Schlittschuhe
Reinhold Schoepke
Breslau, Gräbschener Str. 42

Schmeltsch. Seelachs Kob-Ljan Goldbarsch Filets Räucherwaren

Schmeltsch. 28
Seelachs 28
Kob-Ljan 34
Goldbarsch 34
Filets 62
Räucherwaren

Breslau - Zentrum

1421 Molkerei
Scheloske & Sohn
Klein Tschansch bei Breslau
Grünberg
KUNELLA GOLD mit den wertvollen **UNELLA BONNS** allein erhältlich in der **UNELLA - BUTTERHANDL.** 2451

Breslau - Zentrum

R. Karsunky & Co., Möbel
Rosenthaler Straße 2
Ecke Mathiasstraße 2735

Lauban
Trinkt Laubaner Korn!
EDMUND SCHUBERT
Weinbrennerei 1624

Radio-Haberecht, Naumburger Str. 34
1635 altrenommiertes Spezialgeschäft

Wurstfabrik Gerhard Hentschel
Frühstücksstube / Versandhaus für Dauerware / Fernspr. 233 1687

BRUNO KLETTE, Richterstr. 14
1634 Papier / Bürobedarf

ANTON PILZ, Brüderstraße 13
Müllprodukte, Hülsenfrüchte, Kolonialwaren 1639

H. SÜSSMANN, Brüderstraße 17
Tischlerei-Bedarf, Innendekoration 1690

Nordsee

Breslauer Fischhallen
Bahrauer Str. 2 — Schmiadebrücke 19 a. 59
Neue Schweidnitzer Straße 10
Anderssenstraße 2 — Gräbschener Str. 6

Genosse u. Genossin

kauft nur bei den Geschäftsleuten die in der **„Arbeiter-Zeitung“ inserieren!**

Genosse u. Genossin

kauft nur bei den Geschäftsleuten die in der **„Arbeiter-Zeitung“ inserieren!**

Genosse u. Genossin

kauft nur bei den Geschäftsleuten die in der **„Arbeiter-Zeitung“ inserieren!**

Liebau

Woll- u. Baumwollwaren, Trikotagen, Inletts / Bettledern
Emil Bodmann
Nikolaistraße 3 1678

Süddeutsches Leinwandgeschäft
C. A. FRENZEL & SOHN
Berufskleidung / Wäsche / Trikotagen 1691

Alois Hampel, Waldenburger Str.
Inh.: Louis Bender 1631
empf. sämtl. Kolonial- u. Tabakwaren

Ohlau
... nur mit Gas! rasch, sauber, billig
Raif und Auskufft beim Gaswerk Ohlau

Liebau

J. HORN
Inhaber Hermann Horn
Görlitz
Steinstrasse Nr. 1 1921

Sprotau
Otto Großmann, Jüdenstraße 3
1964
Fahrräder und Nähmaschinen
Eigene Reparaturwerkstatt

Waldenburg
Kauft bei **Jacobsohn**
Gartenstraße 6